

Sorauer Tageblatt

Beleg: Tagesblatt Sorau Niederlausitz
Postfach - Konto:
Nr. 854 Berlin NW. 7

(Sorauer Wochenblatt)
Mittweiges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B. Fernsprecher Nummer 22 und 37.
Amtliches Nachrichtenblatt der Stadt Halbau.
Giro-Konto
bei der Reichsbank

Ercheinungsweise (Freiwillig): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. —
Bezugspreis: Das „Sorauer Tageblatt“ kostet bei Abholung in unserer Betriebs-
stellen in Stadt und Land monatlich 2,- RM, bei der Post abgeholt monatlich 2,20
RM, durch den Briefträger ins Haus gebracht 26 RM, mehr, im Wochenbezug
in unserer Geschäftsstelle 60 RM. — Im Falle längerer Abwesenheit, Betriebsstörung,
Arbeitsmangel oder Auslieferung hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung
oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigen: Die Spaltenbreite der Anzeigensätze ist 80 Millimeter. Die Zeilenlänge ist 36 Millimeter. Die Anzeigen sind durch den Briefträger abzugeben und müssen bis zum 10. Uhr des Vormittags für den nächsten Tag bei dem Anzeigenschein eingereicht werden. Die Anzeigen sind für den Anzeigenschein zu bezahlen. Die Anzeigen sind für den Anzeigenschein zu bezahlen. Die Anzeigen sind für den Anzeigenschein zu bezahlen.

Nummer 292

Mittwoch, den 12. Dezember 1928.

118. Jahrgang

Heute Aussprache zu Dreien in Lugano?

Wichtige Abreise Chamberlains vorgezogen. — Deutsche Sonderleistungen an Frankreich und Belgien?

Lugano, 12. Dez. Nach den Besprechungen, die Briand und Chamberlain mit Stresemann gehabt haben, wird nunmehr eine Aussprache zu Dreien ins Auge gefasst. Da man immerhin mit der Möglichkeit rechnen zu müssen glaubt, daß Chamberlain mit Rücksicht auf das Bestehen des Königs Georg unter Umständen Lugano früher als beabsichtigt verlassen muß, wird diese Besprechung zu Dreien möglicherweise schon im Laufe des heutigen Tages stattfinden. Endgültig steht dies jedoch noch nicht fest.

Räumung gegen Kontrollkommission?

Lugano, 11. Dez. Nach den gestrigen Besprechungen zwischen Briand, Chamberlain und Stresemann ist es heute vormittag vorläufig still geworden. Die Franzosen und Engländer sind nach wie vor eifrig bemüht, für die Räumung zu machen und benutzen dazu die üblichen Kanäle. Heute heißt es, daß Chamberlain in der gestrigen Unterredung mit Briand den Standpunkt Englands zur Räumungsfrage folgendermaßen formuliert habe:

Die englische Regierung sei für Reparationsverhandlungen vorgeordnet. Räumungsverhandlungen; aber auch für den Fall, daß es nicht zu einer Einigung in der Reparationsverhandlung komme, was vielschicht im wesentlichen von den Vereinigten Staaten abhängen werde, sei die englische Regierung bereit, die Verhandlungen über die vorzeitige Räumung zu beginnen. Man müsse freilich zunächst das Ergebnis der Reparationsverhandlungen abwarten. Die Auslegung der englischen Presse über die Haltung Chamberlains sei unübersichtlich; Chamberlain sehe sich aber genötigt, Frankreich und Belgien eine Sonderleistung für die vorzeitige Räumung zuzugeschiehen und er vermute, daß beide Staaten diese Sonderleistung in der Einrichtung einer Kontrollkommission für die entmilitarisierte Zone sehen würden.

Auf der Basis dieser englischen Erklärung wird dann weiter verbreitet, daß Briand die Möglichkeit, in Verhandlungen mit vorübergehendem Charakter vielschicht schon in der nächsten Unterredung mit Dr. Stresemann an die Frage der Kontrollkommission wieder anzuschließen.

Die nächste Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 11. Dez. Wie die Agentur Haas mitteilt, wird die Reparationskommission am kommenden Sonnabend zusammenzutreten. Wie aus maßgebenden Kreisen verlautet, werden in der Sitzung die laufenden Angelegenheiten erledigt werden. Es sei wenig wahrscheinlich, daß die Reparationskommission am Sonnabend bereits die französischen Schwermetallfragen erörtern, die dem Komitee angehören würden, das das Reparationsproblem endgültig regeln soll.

Öffentliche Sitzung des Völkerbundsrats.

Lugano, 11. Dez. In der heutigen öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrats, die eine Stunde dauerte, gab lediglich der Bericht des Ständigen Ausschusses zu einigen erläuternden Bemerkungen der Ratmitglieder Anlaß. So stellte Reichsaussenminister Dr. Stresemann unter Zustimmung des Rates fest, daß bei der in der Opiumkonvention von 1925 vorgesehenen Erweiterung der unter der Kontrolle fallenden Opiumderivate diese nicht auf solche Präparate ausgedehnt werden kann, die als nicht als unbedenklich anerkannt werden. Ferner wurde der Ausschuss für internationale geistige Zusammenarbeit mit der Durchführung der Vorarbeiten für die internationale Vereinheitlichung der Gesetzgebung zum Schutz des geistigen Eigentums beauftragt und schließlich nahm der Rat einen Bericht des englischen Ratmitgliedes betreffend den Bau einer Radiostation in der Nähe Genes zur Aufrechterhaltung unabhängiger Verbindungen des Völkerbundes in Kenntnis an. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch vormittag statt.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Lugano, 12. Dez. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Völkerbundsrates stehen außer den gegenwärtigen Stand der polnisch-litauischen Beziehungen auch die Verlängerung der Monate der fünf Mitglieder der Saargebietskommission für ein weiteres Jahr, d. h. bis Ende März 1930, und der Antrag der Saargebietskommission zur Aufnahme einer Anleihe des Saargebietes. Während die längere Ausrede erfordern wird, rechnet man damit, daß der polnisch-litauische Streitfall wieder den Gegenstand längerer öffentlicher Debatte vor dem Rat bilden wird. Der Bericht des französischen Ratmitgliedes Quinones de Leon wird, wie verlautet, in Bezug auf die im September d. J. aufgeworfene Frage der Verantwortlichkeit von Interellen dritter Staaten auf Art. 23 ausgeführt sein, in dem sich die Völkerbundsstaaten zur Aufrecht-

erhaltung der Freiheit des Verkehrs und Durchgangsverkehrs und zur gleichberechtigten Behandlung des Handels aller Völkerbundsstaaten verpflichten. Die Frage der Saargebietes wird der Völkerbundsrat nach dem üblichen Verfahren zunächst zur näheren Prüfung an das Finanzkomitee überweisen.

Soesch verhandelt weiter mit Poincaré.

Paris, 11. Dez. Ministerpräsident Poincaré hatte heute Volschauer von Soesch um einen Besuch gebeten, um mit ihm die Besprechung über die Einlegung des Sachverständigenauschusses für die Reparationsfrage fortzusetzen. In der Unterredung, die daraufhin heute nachmittag stattfand, und die eine Stunde dauerte, wurden die noch ausstehenden Fragen nochmals einer eingehenden Prüfung unterzogen. Die Unterredungen werden fortgesetzt werden. Ein Schriftstück wurde dem Volschauer nicht übergeben.

Der Völkerbundsrat appelliert an Bolivien und Paraguay.

Friedliche Beilegung des Streitfalles und Mäßigung werden empfohlen. — Die Kriegsgefahr droht.

Lugano, 11. Dez. Der Völkerbundsrat hat heute nachmittag in seiner Geheim Sitzung, in der die Aussprache über den Streitfall zwischen Bolivien und Paraguay abgeschlossen wurde beschlossen, an die Regierungen von Bolivien und Paraguay Telegramme zu richten, in denen beiden Regierungen die friedliche Beilegung des Streitfalles und Mäßigung empfohlen wird. Eine amtliche Mitteilung wird heute nachmittag 5 Uhr ausgegeben.

Bolivien wünscht keine Vermittlung.

Wolage an die panamerikanische Konferenz.

Washington, 11. Dez. Die bolivianische Regierung hat das Staatsdepartement davon in Kenntnis gesetzt, daß sie eine weitere Beteiligung an der gegenwärtigen panamerikanischen Konferenz, die bekanntlich einen Auslöser zur Prüfung des Streitfalles zwischen Bolivien und Paraguay eingeht, ablehnt. Meldungen von der argentinisch-paraguayischen Grenze zufolge ist es zu neuen Zusammenstößen zwischen Bolivianern und Pa-

raguanern gekommen. Weitere Kämpfe werden erwartet. Von Paraguay aus sollen verschiedene Flüßgebiete besetzt worden sein.

Gerüchte über eine Mobilisierung der bolivianischen Arme.

New York, 11. Dez. Wie die „Associated Press“ aus Lima berichtet, ging dort heute das hartnäckige Gerücht um, daß Bolivien sein Heer mobilisiert habe. Andere Gerüchte wieder behaupten, daß nur ein Teil der Streitkräfte mobilisiert worden sei.

Die Stimmung in Bolivien.

La Paz, 11. Dez. In vielen Landesteilen finden Massenversammlungen statt, in denen der Haltung der Regierung im Konflikt mit Paraguay begeistert zugestimmt wird. Die Teilnahme wird von zahllosen Freiwilligen, die ihre Dienste anbieten, bestrahlt. In Trinidad wurde ein freiwilliges Regiment von 1000 Mann zusammengefaßt, das um seine sofortige Entsendung an die Grenze ersucht. Viele Ärzte, Lehrer und Frauen haben sich der Regierung zur Verfügung gestellt.

Eine Granate im Reichstag.

Ein Glasstück kommunistischer Verheerungsarbeit.

Während Herr Dr. Stresemann in Lugano verweilt, mit den Franzosen und Engländern ins Reine zu kommen, haben sich die Kommunisten am Dienstag im Reichstag ein Stückchen erleichtert, das von der noch immer sehr eifrigen Propaganda unserer Feinde von geliehen mit wahrer Wärme aufgeführt werden dürfte, um aus neue auf dem Erdball eine Seite gegen uns in die Wege zu setzen und uns vorzumachen, daß wir trotz aller Verheerungen nicht nur heimlich rüsten, sondern auch Kriegsmaterial herstellen, das auf Grund internationaler Abmachungen verboten ist. Auf der Tagesordnung der Dienstagsitzung stand die Beratung des Genfer Protokolls über das Verbot des Gasrieges, dem 40 Staaten beigetreten sind und das bereits von einigen Unterzeichneten ratifiziert worden ist. Als erster Redner meldete sich der Kommunist Stöcker zum Wort. Während er noch unter dem Jubel der letzten ganzen Lautstärke mit der Feststellung auszuwartete, daß die Sowjetunion durchaus nicht daran denke, sich an dieses Kommen zu halten,

über dann sehr bald aus dem Munde des kommunistischen Redners, daß es sich hier angeblich um eine Gasgranate handle, die auf der Schiffsanwerft hergestellt worden sei. Wo diese Granate eigentlich herkommt, ließ sich nicht ermitteln. Immerhin dürfte der Reichsaussenminister von diesem Vorfall nicht sonderlich entsetzt sein, wenn es auch feststeht, daß solche Rüstungen in Deutschland nicht getrieben werden und daß die Kommunisten nichts Anderes im Sinn hatten, als außenpolitische Provokation zu schaffen. — Das Protokoll ging mit dem Antrag an den Auswärtigen

Zu einer längeren Aussprache kam es bei der zweiten Beratung der Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz. Durch diese Vorlage wird die Unfallversicherungsspflicht auf eine ganze Reihe weiterer Betriebe ausgedehnt, u. a. auf das Personal der Feuerwehren, das Personal in Seil- und Fliegenschiffen, auf Theater, Film und Schaulustigen. Der Ausschuss ist in der Ausdehnung der Versicherungspflicht über die Regierungs-vorlage hinausgegangen. Er verlangt in einer Entschließung die Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht auch auf die jetzt noch davon befreiten Betriebe.

In der Aussprache wandten sich der Redner der Deutschen und der Vertreter der Wirtschaftspartei gegen die Vorlage, während

die Vertreter der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei sie als einen sozialpolitischen Fortschritt begrüßten. Am Mittwoch 3 Uhr soll die Beratung fortgesetzt werden.

Schwierigkeiten im Zentrum.

Verhinderung der Wahl des Vorsitzenden?

Berlin, 11. Dez. Wie wir aus Zentrumskreisen erfahren, steht zwar die Wahl des neuen Fraktionsvorsitzenden auf der Tagesordnung der für morgen anberaumten Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstages, es ist aber sehr wahrscheinlich, daß die Regelung der Angelegenheit über die parlamentarischen Weihnachtsferien hinaus aufgeschoben wird.

Stegerwald bereitet sich.

Das unausbleibliche Nachspiel zum Kölner Zentrumsparteitag hat sich eingeleitet. Stegerwald, dessen Kandidatur in Köln sowohl im Parteiausschuß wie auf dem Parteitag selbst mit nahezu erdrückender Mehrheit niedergestimmt wurde, tritt jetzt in eigener Person mit einer scharfen Erklärung auf den Plan, die deutlich erkennen läßt, daß der Kampf im Zentrum weitergeht.

Stegerwald kündigt keine Weisheit an die Auslegung einer westdeutschen Zentrumseitung an und erklärt u. a. folgendes:

Nicht ich habe in Köln die Zentrumspartei in eine schwierige Lage gebracht. Umgekehrt hat die Zentrumspartei meine politische Arbeit für die Zukunft außerordentlich erleichtert. Exponiere ich mich nicht rein politisch, dann bin ich genötigt, den Vorfall im Deutschen Gewerkschaftsbund im Gesamtbund der Christlichen Gewerkschaften, im Aufsichtsrat der Tageszeitung „Der Deutsche“, im Aufsichtsrat der Deutschen Volksbank, im Aufsichtsrat des Deutschen Versicherungsvereins, den Einfluss auf die große christliche Gewerkschaftsschule in Königswinter um aufzugeben. Das tue ich nur in dem Falle, wenn ich vor eine größere Aufgabe, als in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gestellt werde.“ Stegerwald betont, er habe die größere Aufgabe nur in der gleichzeitigen Führung der Fraktion und der Partei gesehen.

Als der Ausschuss der Partei, der zur Hälfte aus Beamten zusammengesetzt sei, sich gegen ihn ausgesprochen habe, habe er erklärt: „Jetzt gibt es keine Kapitulation, jetzt gibt es nur eine Entscheidung in offener Volksstimm.“

Landtags-Rundgebung für Rhein und Saar.

Der preussische Landtag begann am Dienstag seinen letzten Plenarsitzungsabend mit der Reichstagsfeier, der bis zum 12. Dezember dauern soll. Bis dahin wird auch noch die erste Sitzung des neuen Haushalts durchzuführen sein, die damit beginnt, daß morgen der Finanzminister den Etat für 1929 einbringt.

Auf denationalen Anregung wurde mit großer Mehrheit eine Rundgebung für die besetzten, bzw. abgetrennten Gebiete an Rhein und Saar beschlossen, die im Hinblick auf die Verhandlungen in Lugano noch eine besondere Aktualität bekommt. In dieser Rundgebung heißt es, daß vor nunmehr zehn Jahren preussische Gebiete durch Truppen fremder Mächte besetzt und preussisches Land an der Saar der Hölle Preußens entzogen wurde. Aus diesem Anlaß dankt der Landtag der beteiligten Bevölkerung für ihre unerlöschliche Ergebenheit. Er erwartet, daß den Reichsaussenminister Deutschlands im Hinblick auf die Reichstags-Räumung des ganzen besetzten Gebietes und die Rückkehr des preussischen Saargebietes in den preussischen Staatsverband beträchtlich herbeigeführt werde. — Im übrigen verabschiedete das Haus endgültig mehrere kleine Vorlagen, darunter das Gesetz, das zur verstärkten Förderung von Maßnahmen der wirtschaftlichen Arbeitslosen-Pflichte 150 Millionen bereitstellt, die im Anleihenwege aufgenommen werden sollen. — Zweite beraten wurde auch die Novelle zum Wohnungs-Gesetz, die die Möglichkeit der Entzerrung von Grund und Boden im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung bis zum 31. Dezember 1930 verlängern will, in der Erwartung, daß bis dahin die Entzerrungsfrage definitiv im Städtebau-Gesetz geregelt werde. Als zur Abstimmung kommen sollte, beantragte der Abg. Laberbeck (W. B.) namentliche Abstimmung. Da das Haus jedoch befehl war und die Rechte zu dieser Vorlage in Gegenkraft liegt, hätte sich zweifellos Beschlußfähigkeit ergeben. Es wurde jedoch ein Antrag Haas (Soz.) angenommen, die Abstimmung zu verzagen.